

JASPAR REIMANN,

aktiv bei Fridays for Future in Wiesbaden.



Ihr lasst uns keine Wahl!

Wassermassen sorgen im Juli 2021 in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz für Flutkatastrophen bisher ungeahnten Ausmaßes. Einen Monat später brennen die Wälder in Griechenland, den USA, Italien, Russland und in vielen weiteren Ländern. Der Klimawandel steht nicht mehr vor der Tür, er ist längst eingetreten.

Im August 2021 wurde in vielen großen Zeitungen über neueste Erkenntnisse des IPCC (bekannt als Weltklimarat) berichtet. Klar ist nun, dass eine Erderwärmung um 1,5 Grad bereits vor 2050 Realität sein wird. Ich fürchte mich vor dieser Entwicklung. 2050 werde ich gerade einmal 48 Jahre alt sein.

Derzeit umfasst die Gruppe der Kinder und Jugendlichen unter 20 Jahren in Deutschland mehr als 18 Millionen Menschen. Und wir sind die Generation, die die Klimakrise in ihrer Gewalt und Härte mitbekommen wird – im Gegensatz zu den meisten Politiker_innen, die derzeit in der politischen Verantwortung sind. Aber von uns 18,5 Millionen jungen Menschen sind die allermeisten nicht wahlberechtigt, was bedeutet, dass wir auf unsere Zukunft politisch wenig Einfluss nehmen können.

Im Bundestag sitzen seit der letzten Wahl im September Menschen, die im Durchschnitt 48 Jahre sind. Auch wenn dieser Bundestag der jüngste denn je ist – die Mehrzahl dieser Personen wird die Klimakrise in ihrer Härte nicht mehr mitbekommen. Aber ihre fehlgesteuerte Politik führt dazu, dass wir Jugendlichen in einer Welt mit Hitzeperioden, Stürmen, Waldbränden und Starkregen leben müssen.

Die sogenannte „Energiewende“ lässt weiterhin auf sich warten. So soll der dringend notwendige Ausstieg aus nuklearen und fossilen Brennstoffen erst in den nächsten Jahrzehnten vollzogen werden. Wer, wenn nicht wir, macht den politisch Verantwortlichen klar, dass es so nicht geht?

Deswegen engagiere ich mich mit vielen weiteren jungen Menschen seit Jahren für Fridays for Future. Wir brachten in den letzten zwei Jahren Millionen von Menschen in Deutschland auf die Straßen. Wir demonstrierten und waren laut. Doch veränderte sich etwas? Wurden unsere

Aufschreie gehört und ernstgenommen? Ein Klimapaket wurde verabschiedet, von dem selbst die Berater_innen der Bundesregierung sagten, es sei nicht ausreichend. Und auch das Bundesverfassungsgericht stimmte einer entsprechenden Klage von Aktivist_innen von Fridays for Future zu.

Es ist zutiefst deprimierend, so lange zu demonstrieren, ohne dass sich etwas ändert. Auch nicht in einem Bundesland wie Hessen mit einer grünen Umweltministerin, in dem letztlich weder Mahnwachen noch politische Gespräche oder ein Protestcamp die Rodung großer, teils geschützter Waldflächen im Dannenröder Forst zugunsten einer weiteren Autobahn verhindern konnten.

Für mich und für viele weitere junge Menschen war am 27. September 2021 die erste Bundestagswahl, bei der man mitwählen durfte. Ich hoffe sehr, dass allen Parteien, die in dieser Legislatur-

periode in Regierungsverantwortung kommen, bewusst ist, dass „das Haus“ brennt und sie eine Klimaregierung sein müssen. Wir können uns nicht mehr erlauben, weitere vier Jahre ohne effektiven und radikalen Klimaschutz verstreichen zu lassen.

Noch haben wir die Möglichkeit, unseren Beitrag zu leisten, als eine der führenden Industrienationen weltweit und als Staat, der die Industrielle Revolution mit angeführt hat und deswegen besonders in der Verantwortung steht. Deutschland hat eine spezielle Rolle im Kampf gegen den Klimawandel und dieser müssen wir uns bewusstwerden.

Zwei Tage vor den Bundestagswahlen brachten wir trotz der Pandemie alleine in Deutschland 620.000 Menschen auf die Straße. Und auch mit den Grünen in der Regierung (danach sieht es zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses aus) werden wir nicht leiser!

Wenn die Leser_innen dieses Heft in den Händen halten, wird bereits der nächste Klimastreik stattgefunden haben, am 22. Oktober 2021, zentral in Berlin unter den Mottos #UprootTheSystem und #IhrLasstUnsKeineWahl. Klimarechtigkeit muss auf der Straße erkämpft werden, und zwar so lange, wie es nötig ist, damit wir unbesorgt in die Zukunft blicken können.

„Wer, wenn nicht wir, macht den politisch Verantwortlichen klar, dass es so nicht geht?“